

KOMMENTAR

▪ Rot-Grün in Bremen

Eine große Chance vertan

Nach zwölf Jahren großer Koalition hat das Bündnis aus SPD und CDU ausgedient. Künftig wird Bremen von Rot-Grün regiert. Die Zustimmung der Parteitage ist nur noch Formsache. Spätestens nach den Einbrüchen bei den beiden großen Parteien (minus 5,5 Prozentpunkte für die SPD, minus 4,1 Punkte für die CDU), aber dennoch einer deutlichen Mehrheit für die SPD bei der Bürgerschaftswahl am 13. Mai hatte sich der Wechsel abgezeichnet.

Daher ist es alles andere als eine Überraschung, dass künftig SPD und Grüne gemeinsam das Zepter in die Hand nehmen wollen. Nicht nur den Grünen, die bei der Wahl kräftig punkteten, war die große Koalition ein Dorn im Auge. Auch die SPD-Basis hätte sich nur zu gern schon nach der Wahl 2003 lieber den Grünen als der CDU zugewandt – doch Alt-Bürgermeister Henning Scherf konnte die Mehrheit von seinem Lieblingspartner CDU überzeugen.

Sein Nachfolger Jens Böhrnsen verzichtete bewusst auf eine Koalitionsaussage, dennoch gilt er schon lange als Freund von

Rot-Grün. Im Prinzip hätte sich die SPD die Sondierungsgespräche mit den beiden potenziellen Partnern wirklich sparen können. Die Richtung war eigentlich klar. Doch was wäre die Politik ohne Theater?

Nach der nicht ohne Schuld der Grünen 1995 gescheiterten Ampelkoalition wird Bremen nun voraussichtlich die nächsten vier Jahre von Rot-Grün regiert, wenn denn das Bündnis so lange durchhält. Im Bund hat's nicht funktioniert. Viele Bremer erhoffen sich von einer Koalition aus SPD und Grünen an der Weser eine frische Brise. Mit Rückenwind aus Berlin kann die neue Regierung im kleinsten Bundesland allerdings nicht rechnen. Und wer eine große Koalition nur für ein zeitlich begrenztes Bündnis in Krisenzeiten hält, der müsste eigentlich sehen, dass in Bremen gerade eine große Chance vertan wird. Denn trotz des Wirtschaftswachstums und sinkender Arbeitslosenzahlen – die (Finanz-)Krise in Bremen ist längst nicht vorbei und hätte einer Fortsetzung der großen Koalition bedurft.

▪ Elisabeth Gnuschke

DAS KALENDERBLATT

Montenegro trennt sich von Serbien

Historische Daten:

2006 - Montenegro trennt sich von Serbien und wird der jüngste unabhängige Staat Europas. Das entscheiden die Montenegriner in einer Volksabstimmung.

1996 - Beim Untergang des Fährschiffes „Bukoba“ auf dem Victoriassee in Ostafrika kommen mindestens 500 Menschen ums Leben.

1975 - In Stuttgart-Stammheim beginnt der Terroristenprozess gegen führende Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande: Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin.

1957 - Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, dass Berlin ein Land der Bundesrepublik ist und das Grundgesetz auch in Berlin (West) Gültigkeit besitzt.

1919 - Das amerikanische Repräsentantenhaus billigt das Stimmrecht für Frauen.

996 - Otto III. wird in Rom von Papst Gregor III. zum Kaiser gekrönt.

Geburtstage:

1957 - Renée Soutendijk (50), niederländische Schauspielerin („Abwärts“).

1932 - Gabriele Wohmann (75), deutsche Schriftstellerin („Schön und gut“), Mitglied der Gruppe 47.

1471 - Albrecht Dürer, deutscher Maler und Zeichner, gest. 1528.

Todestage: 2002 - Niki de Saint Phalle, französisch-amerikanische Künstlerin, geb. 1930.

1991 - Rajiv Gandhi, indischer Politiker, Premierminister 1984-1989, Sohn von Indira Gandhi, durch Bombenattentat getötet, geb. 1944.

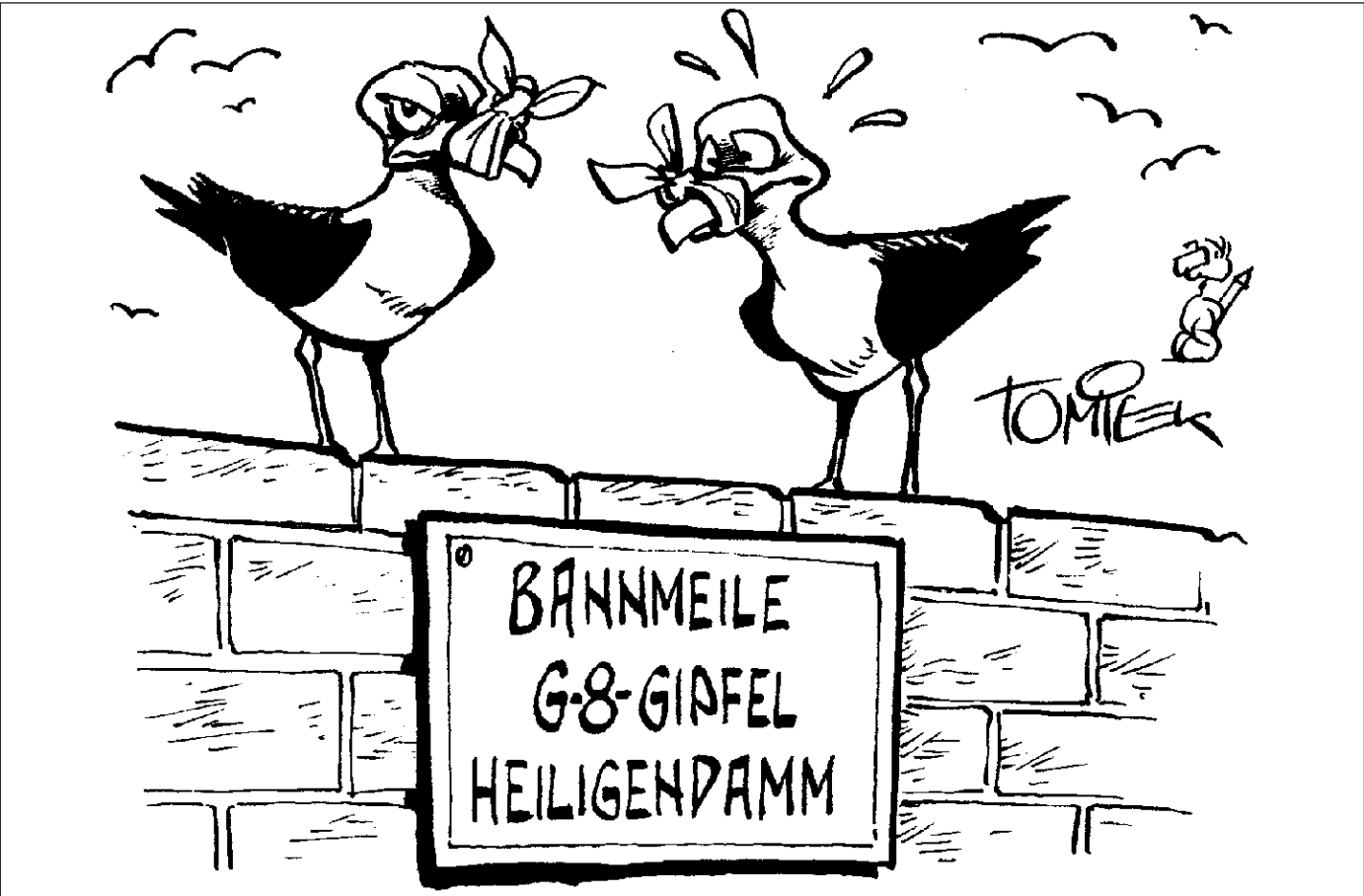
Auch das noch:

1999 - dpa meldet: Ein zusammenklappbares Auto, das bequem in einem Koffer herumgetragen werden kann, hat der Grieche Vaios Panagiotou erfunden. Mit seinem 80 Zentimeter großen Gefährt will der Maschinenbau-Student der Universität Brighton zur Lösung des Parkplatzproblems beitragen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nur ein Selbstbetrug

Handelsblatt: Der europäische Ansatz einer Zweiteilung der Missionen ist gescheitert. Die afghanische Bevölkerung unterscheidet nicht zwischen einer guten (Isaf) und einer schlechten (OEF) Mission. Und mit dem Eingreifen in die Kämpfe im Süden hat Isaf schon ihren alten Charakter verändert. Die bittere Wahrheit für Deutsche und Europäer ist aber: Was die Erfolgsaussichten in Afghanistan verbessert, bedeutet keine Entlastung für uns. Veränderte Einsatzbedingungen werden den Deutschen vermutlich sogar eher noch mehr Opfer abverlangen. Denn die deutschen Soldaten wie auch die der anderen Länder, die Truppen zu Isaf beisteuern, müssen einen größeren Anteil des direkten Kampfs gegen Taliban-Einheiten übernehmen. Das gerade von der deutschen Politik gepflegte Selbstbild, man sei nur als neutraler Helfer bei Auslandseinsätzen unterwegs, zerbricht. Doch der Anschlag und die Toten von Kundus haben gezeigt, dass dies ohnehin ein Selbstbetrug war.



Lachmöven

Historische Fusion: Neue linke Partei startklar

Lafontaine kandidiert für Vorsitz / Viertgrößte Partei in Deutschland

BERLIN (dpa) ▪ Einer neuen linken Partei unter Führung des ehemaligen SPD-Chefs Oskar Lafontaine steht nichts mehr im Weg.

Für die historische Fusion der ostdeutschen Linkspartei und der westdeutschen Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) sprach sich bei Urabstimmungen eine klare Mehrheit der Mitglieder aus. Daraufhin gab Lafontaine gestern seine Kandidatur für eine Doppelspitze mit Lothar Bisky von der Linkspartei bekannt. Zur wichtigsten Aufgabe der dann mit rund 72.000 Mitgliedern viertgrößten Partei in Deutschland erklärte der 63-Jährige den Kampf für mehr soziale Ge-

rechtigkeit. Führende SPD-Politiker sprachen der neuen Linken Handlungsfähigkeit im Bund ab.

Bei der Linkspartei – vormals PDS – votierten rund 97 Prozent der Mitglieder, die sich an der Urabstimmung beteiligt hatten, für die Fusion. Bei der WASG waren es rund 84 Prozent. Hier gaben allerdings nur 50 Prozent der Mitglieder ihre Stimme ab, bei der Linkspartei waren es 83 Prozent. Für die Vereinigung war die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen nötig. WASG-Vorstandsmitglied Thomas Händel betonte, die geringe Beteiligung sei kein Ausdruck der Ablehnung. Vielmehr hätten viele Mitglieder den Prozess als abge-

schlossen betrachtet, nachdem ihr Parteitag Ende März mit 88 Prozent für die Fusion votiert hatte. Linkspartei-Geschäftsführer Dietmar Bartsch sagte, alle Voraussetzungen für den Gründungsparteitag am 16. Juni in Berlin seien nun erfüllt. „Wir sind das spannendste Projekt im Land.“

Die Sozialdemokraten diskutieren angesichts ihres Stimmungstiefs über den künftigen Kurs und den Umgang mit der neuen Partei. SPD-Fraktionschef Peter Struck und Arbeitsminister Franz Müntefering lehnten eine Zusammenarbeit mit der Linken ab. Müntefering warf ihr im Deutschlandfunk „eine Art von Linkssein“ vor, die nicht zukunftssträch-

tig sei, sondern „eine nostalgische Veranstaltung“. Er räumte ein, dass seine Abneigung auch mit der führenden Rolle Lafontaines zu tun habe. Vertreter der SPD-Linken wollten eine Partnerschaft dagegen langfristig nicht ausschließen.

Am 16. Juni soll der gesamte Parteivorstand von 44 Mitgliedern – 22 von jeder Partei – gewählt werden. Fast alle Positionen sollen doppelt besetzt werden. Linksparteichef Lothar Bisky hatte seine Kandidatur für den Vorsitz bereits im März angekündigt und sich für eine Doppelspitze mit Lafontaine stark gemacht. Ohne Lafontaine wäre die neue linke Partei entschieden schwächer, meinte Bisky.

Weniger Abgaben?

BERLIN (ap) ▪ Trotz der klaren Absage der Bundesregierung hält die Diskussion um eine Senkung der Sozialabgaben an. „Niedrigere Sozialbeiträge sind hilfreich, und sie sind möglich“, sagte der SPD-Wirtschaftspolitiker Rainer Wend. Spielraum gebe es vor allem bei der Arbeitslosenversicherung, weniger bei der Rente. Bundesarbeitsminister Franz Müntefering und die Deutsche Rentenversicherung sehen ebenfalls mittelfristig keinen Spielraum für Beitragssenkungen bei der Rente. SPD-Vizefraktionschef Joachim Poß verteidigte seinen Vorstoß für eine Entlastung bei den Sozialabgaben. „Es war immer auch das Ziel des Reformkurses, dass Arbeitnehmer auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden“, erklärte Poß.

Regierung im Hoch

BERLIN (dpa) ▪ Nach der Diskussion über den Kinderkrippen-Ausbau hat Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen in der Wählergunst stark zugelegt. In der Quartalsumfrage von TNS Forschung für das Magazin „Der Spiegel“ kommt die Politikerin auf der Beliebtheitskala der Politiker erstmals auf den dritten Platz. Im Vergleich zur letzten Umfrage legte sie 15 Punkte zu und liegt nun nur noch hinter Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die ebenfalls ein Plus in der Wählergunst verbuchen konnten. Insgesamt nahm die Zufriedenheit der Bundesbürger mit der großen Koalition zu, die in der Umfrage in fast allen Politikfeldern mehr Zustimmung bekam als im Januar.



Stoiber stellt Bedingungen

Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber (Bild) hat den geplanten Krippenausbau an die Einführung eines Betreuungsgelds für Eltern geknüpft. Nach Vorstellung von Stoiber sollen Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, ein Betreuungsgeld von etwa 150 Euro monatlich erhalten.

Foto: dpa

210 000 Lehrstellen fehlen

Trotz der guten Konjunktur / Große Zahl von Altbewerbern macht Sorge

BERLIN (dpa) ▪ In Deutschland fehlen trotz der guten Konjunktur derzeit rund 210.000 Ausbildungsplätze für junge Menschen. „Die Lage am Lehrstellenmarkt scheint zwar etwas ent-

spannter als im vergangenen Jahr zu sein, sie ist aber nach wie vor ernst“, sagte das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Raimund Becker. Im vergangenen Jahr gab es Ende April

215.000 mehr Bewerber als angebotene Lehrstellen. Am Ende waren knapp 50.000 junge Leute ohne Lehrstelle geblieben. Das Ausbildungsjahr beginnt erst im Herbst. „Was uns Sorge bereitet,

ist die große Zahl der Altbewerber“, sagte Becker. „Im Moment sind mehr als die Hälfte der Bewerber junge Leute, die schon mindestens ein Jahr auf eine Lehrstelle warten.“

TELEGRAMM

Bekennerschreiben

HAMBURG (dpa) ▪ Nach dem Anschlag auf das Haus des Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa-Technik ist gestern bei der „Hamburger Morgenpost“ ein Bekennerschreiben eingegangen. Nach Angaben der Zeitung wird in dem Brief auf die Großrazzia der Bundesanwaltschaft am 9. Mai Bezug genommen.

Teueres Auto

LONDON (dpa) ▪ Tony Blair bekommt zum Abschied nach zehn Jahren an der Macht das teuerste Auto, das je ein britischer Ex-Premierminister gefahren hat. Als Hauptgrund dafür nannte die Zeitung „Daily Mail“, dass Blair wegen seiner Unterstützung für den Irak-Krieg als bevorzugtes Ziel von Terroristen gelte und der Wagen daher mit aufwendigen Sonderausstattungen „bombensicher“ gemacht werden müsse.

Kritik an Blair

LONDON (dpa) ▪ Der frühere US-Präsident Jimmy Carter hat den scheidenden britischen Premierminister Tony Blair in ungewöhnlich scharfer Form angegriffen. Blairs „unentwegte Unterstützung“ für den Irak-Krieg sei eine „große Tragödie für die Welt“, sagte Carter in einem Interview. Auf die Frage, wie er Blairs Verhalten gegenüber US-Präsident George W. Bush einschätze, antwortete der 82-jährige Carter: „Widerwärtig, ergeben, blind, offensichtlich unterwürfig.“

Protest gegen Putin

MOSKAU (dpa) ▪ Die russische Opposition hat am Samstag in der russischen Stadt Tscheljabinsk im Südrural gegen die Politik von Präsident Wladimir Putin demonstriert. Die Kundgebung ist ohne Zwischenfälle verlaufen.

Lehrberufe

BERLIN (dpa) ▪ - Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) will die berufliche Bildung neu ordnen und die Zahl der anerkannten Lehrberufe um bis zu 300 reduzieren. „350 Ausbildungsberufe sind eindeutig zu viel“, sagte Schavan.

Basescu bestätigt

BUKAREST (dpa) ▪ Die Rumänen haben eine Amtsenthörung ihres Präsidenten Traian Basescu in einer Volksabstimmung klar abgelehnt. 74,3 Prozent der Wähler stimmten für Basescus Verbleib im Amt, teilte das Zentrale Wahlbüro gestern in Bukarest mit.

Steuerreform

BERLIN (dpa) ▪ Wenige Tage vor der geplanten Verabschiedung im Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Notwendigkeit der Unternehmenssteuerreform unterstrichen.

Neuer Wohnsitz

HAMBURG (dpa) ▪ Der mit europäischem Haftbefehl gesuchte Lobbyist Dieter Holzer ist wieder in Deutschland. Einem Bericht des Magazins „Der Spiegel“ zufolge meldete er einen Wohnsitz im Saarland an.